

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Jahrgang Nr. 20.

Amtsblatt

Postfachkonto: Leipzig 21908.
Groschasse Riesa Nr. 52.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 9.

Freitag, 11. Januar 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundstifts-Zeile (7 Zeilen) 25 Pf., Ortspreis 20 Pf.; zeitraumbesondere und tabellarische Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. feste Tarife. Bemerkung: Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Zahlungsrückstand gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle:** Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Butter betr.

Auf die Zeit vom 14. Januar 1918 ab darf bis auf weiteres auf die jeweilig gültigen Wochenabschnitte der Speisefettarten 62% g Butter abgegeben werden.

Die des Zulusses bedürftigen Sammelstellen haben bei Anmeldung des Butterbedarfs hierauf Rücksicht zu nehmen.

Die Milchviehbesitzer dürfen auf den Kopf der von ihnen zu beküpfenden Personen 100 Gramm verwenden, alle übrige Butter ist von ihnen an die zuständige örtliche Butter-sammelstelle abzuliefern.

Zumiderhandlungen werden unnahehaftlich nach § 16 der Bekanntmachung vom 5. Oktober 1916 bestraft.

Großenhain, am 10. Januar 1918.

Der Kommunalverband.

Griechkartenausgabe.

Die Ausgabe der Griechkarten für Kinder unter 2 Jahren erfolgt nach Vorlegung entsprechender Anweisung über das Alter der Kinder.

Montag, den 14. Januar 1918, nachmittags von 2—4 Uhr

in der Volksgewache.

Die bisher gültigen Ausweisarten sind bei der Entnahme der neuen Griechvorkausarten unbedingt mitzubringen.

Bei späterer Abholung in unserer Lebensmittelkartenzentrale sind 50 Pfg. Gebühren für besondere Abfertigung zu entrichten.

Der Rat der Stadt Riesa, am 10. Januar 1918.

Brennholzanmeldung.

Die Annahme der Anmeldung für Brennholzanmeldung bei der Firma Hans Lubwig Riesa — Bekanntmachung im Rieser Tageblatt vom 4. Januar 1918 — erfolgt nur noch bis Ende dieser Woche. Da der Raummeter sich höchstens auf 25 Mark stellen wird, kann umgehende rechtzeitige Anmeldung nur empfohlen werden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 11. Januar 1918.

Lastschlitten-Aufnahme.

Laut Bekanntmachung des Königl. Ministerium des Innern sind alle vorhandenen zur Güter-An- und Abfuhr geeigneten nicht voll ausgenutzten Lastschlitten zur Behebung der einer schnellen Entladung der Eisenbahngüter entgegenstehenden Schwierigkeiten heranzuziehen. Die in der Gemeinde Gröba wohnenden Eigentümer oder Pächter, Nutznießer, Mieter oder sonstigen Besitzer solcher Lastschlitten haben sich bis zum 15. Januar 1918 im Gemeindeamte, Zimmer Nr. 12, zu melden.

Gröba, Elbe, am 10. Januar 1918.

Der Gemeindevorstand.

Freibank Riesa.

Morgen Sonnabend, den 12. Januar 1917, von vormittags 8 Uhr ab gelangt auf der Freibank des hiesigen Schlachthofes **Rindfleisch** zum Preise von 1,25 Mark für das Pfund gegen Fleischmarken an die Inhaber der weißen Freibankmarken von Nr. 3801 bis 4000 zum Verkauf.

Riesa, am 11. Januar 1918.

Die Direktion des könl. Schlachthofes.

Die Friedensverhandlungen werden fortgesetzt.

Keine Verlegung des Verhandlungsortes.

Aus West-Visowol wird unterm 10. Januar gemeldet: In der heute vormittag abgehaltenen Sitzung erklärte sich die russische Delegation bereit, die Friedensverhandlungen in West-Visowol fortzusetzen. Ferner stellte sie fest, daß die vom Moskauer Bureau veröffentlichte Darstellung über den Verlauf der Sitzung vom 28. Dezember dem tatsächlichen Vorgang entspricht. Die von der russischen Telegraphen-Agentur verbreitete Nachricht über den Verlauf dieser Sitzung wurde russischerseits als unrichtig bezeichnet.

Die Verhandlungen am Mittwoch.

Aus West-Visowol wird unterm 9. Januar gemeldet: Heute vormittag um 11 Uhr fand eine Vollsitzung, an der sämtliche Delegationen und die ukrainischen Vertreter teilnahmen, statt.

Staatssekretär von Kühlmann gab zunächst einen kurzen Rückblick über die Vorgeschichte und den bisherigen Gang der Verhandlungen und erklärte:

Die von der russischen Delegation für die Erklärung der fecht am Riege beteiligten Mächte festgesetzte Frist ist am 4. Januar 1918 mitternacht abgelaufen. Von keinem der Kriegführenden ist eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen eingegangen. Wie sich aus dem Inhalt der Mitteilung der verbündeten Regierungen vom 25. Dezember 1917 ergibt, war die wesentliche Forderung, die darin gestellt wurde, die einstimmige Annahme der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen durch alle feindlichen Mächte. Der Nichttritt dieser Bedingungen hat die aus dem Inhalt der Erklärung und dem Verstreichen der Frist sich ergebenden Folgen. Das Dokument ist hinfällig geworden. Der Staatssekretär kam dann auf die Forderung der russischen Regierung, die Verhandlung nach Stockholm bezw. in das neutrale Ausland zu verlegen, zu sprechen und erklärte es als feststehendes und unabänderlichen Beschluß der vier verbündeten Mächte, daß sie nicht in der Lage sind, die Verhandlungen an einem anderen Ort weiterzuführen. Sie sind aber wie früher aus Courtoisie gern bereit, die formalen Schlussverhandlungen und Unterzeichnung der Präliminarien an einem mit der russischen Delegation zu vereinbarenden Ort vorzunehmen und über die Wahl dieses Ortes in eine Debatte einzutreten. Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß seit dem Abschluß des Gebanenaustausches vor der zeitweiligen Unterbrechung der Verhandlungen sich manches zugegetragen hat, was geeignet erschien, Zweifel an der aufrichtigen Absicht der russischen Regierung zu erwecken, mit den Mächten des Vierbundes zu einem raschen Frieden zu gelangen. In einer der russischen Rundgebungen war eine angebliche, in der Sitzung vom 28. Dezember 1917 durch den Vorsitzenden der russischen Delegation, Herrn Joffe, gegebene Antwort ausführlich wiedergegeben, die, wie ein Einblick in die Akten lehrt, lediglich aus der Abartigkeit des Erfinders entsprungen ist. Diese in allen Teilen erfundene Mitteilung hat erhebliche dazu beigetragen, das Urteil über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu verwirren und deren Ergebnisse zu gefährden. Wenn ich trotzdem die Hoffnung nicht völlig aufgeben möchte, daß die Verhandlungen zu einem ersprießlichen Ergebnis führen können, so gründet sich diese Hoffnung in erster Linie auf die uns bekannten und durch die russische Delegation in bekannter Weise zum Ausdruck gebrachten Worte nach einem dauernden und gesicherten Frieden und auf die Erfahrungen, die wir in den Verhandlungen mit der Arbeitsmethode der russischen Abordnung gemacht haben. So weit sich aus den vor der Arbeitspause geführten Verhandlungen ein Urteil bilden läßt, halte ich die Schwierigkeiten materieller Natur nicht für groß genug, um ein Scheitern des Friedenswerkes und damit voraussetzlich die Wiederaufnahme des Krieges im Osten mit seinen unabsehbaren Folgen für gerechtfertigt zu halten.

Hierauf führte der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, etwa folgendes aus: Die Gründe, die uns zu einer Verlegung der Verhandlungen im jetzigen Augenblick in ein neutrales Land verweigern, sind doppelter Natur.

Erstens technischer Art: Sie, wie wir, sind von hier aus mit direkten Drähten mit den Regierungen verbunden, und täglich findet ein Meinungsaustausch statt. Wir alle können diese Apparate nicht wissen, sollen die Verhandlungen nicht unendlich erschwert und verzögert werden.

Nach wichtiger ist das zweite Motiv: Wir haben uns auf einer Basis für einen allgemeinen Frieden geeinigt. Auf dieser Basis haben Sie Verbündeten ein zehntägiges Ultimatum gestellt. Ihre Verbündeten haben Ihnen nicht geantwortet, und heute handelt es sich nicht mehr um Verhandlungen zwecks eines allgemeinen Friedens, sondern eines Separatfriedens zwischen Rußland und dem Vierbund. Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet würde der Entente die von ihr ersehnte Gelegenheit geben, förmlich einzugreifen. Wir weisen uns, den Westmächten diese Gelegenheit zu liefern. Aber wir waren bereit, an einem so bestimmenden Ort die formalen Schlussverhandlungen und die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorzunehmen. Was den meritorischen Teil der Verhandlungen anbelangt, in welchem eine Übereinstimmung zwischen Ihnen und uns noch nicht erzielt ist, so haben wir uns in der letzten Weniarung bindend darauf geeinigt, diese Frage einer ad hoc zu wählenden Kommission zu übergeben, welche sofort ihre Arbeit zu beginnen hätte. Alle vier Alliierten sind einig darüber, die Verhandlungen auf der von dem Herrn Staatssekretär und mir entwickelten, mit den russischen Herren bereits bindend gemachten Basis zu Ende zu führen. Wenn die Herren der russischen Delegation von den gleichen Intentionen befecht sind, so werden wir zu einem alle betreffenden Ergebnisse gelangen, wenn nicht, dann werden die Dinge ihren Lauf nehmen, aber die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges fällt dann ausschließlich auf die Herren der russischen Delegation.

Großwesir Talat Pascha und Justizminister Vopow schlossen sich namens der türkischen und bulgarischen Delegation diesen Ausführungen an.

Darauf gab General Hoffmann eine Erklärung ab, in der er gegen die in einer Anzahl russischer Forderungen und Ausweise gegen die deutschen Heereseinrichtungen und die deutsche Oberste Heeresleitung erhobenen Beschimpfungen und die darin enthaltenen Aufforderungen revolutionären Charakter an unsere Truppen auf das entschiedenste Protest einlegte.

Die Vertreter der drei Delegationen unserer Verbündeten schlossen sich diesem Protest an.

Auf Vorschlag des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, Trotski, wurde nunmehr die Sitzung unterbrochen.

Urteile Berliner Blätter.

Der „Berl. Lokalanz.“ führt aus: Die kräftige Sprache, die unsere Friedensdelegierten in der Mittwochssitzung zu West-Visowol den russischen Bevollmächtigten zu hören gaben, hat die beabsichtigte Wirkung nicht verfehlt. — Das „Berl. Tzbl.“ erinnert daran, daß einige französische und englische Blätter gemeint hätten, aus dem Zwischenfall von West-Visowol könne vielleicht der definitive Abbruch der Verhandlungen entstehen; aber der Vorschlag, sagt das Blatt, die Konferenz zu verlegen, und der Versuch, durch einen Zwischenfall Teilnahme zu erregen, sind gänzlich ergebnislos gewesen und haben den Volkswelt keinerlei Vorteile gebracht. — Die „Wol. Stg.“ spricht von einer diplomatischen Gegenoffensive des Staatssekretärs v. Kühlmann, indem er seine Weigerung, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen, mit gewissen Vorbehalten begründete, die einen Zweifel an dem aufrichtigen Friedenswillen der russischen Regierung rechtfertigen könnten. Noch deutlicher sei Graf Czernin geworden, der den Russen runderaus erklärte, daß es sich seit dem Verstreichen der zehntägigen Frist nur um den Abschluß eines Sonderfriedens zwischen den Mittelmächten und Rußland handeln könne. Der Vierbund weigere sich, durch Verlegung der Verhandlungen in das neutrale Ausland den Westmächten Gelegenheit zu geben zur Störung der Sonderfriedensverhandlungen. — Auch die „Freil. Stg.“ erklärt ihr Einverständnis damit, wie der Zwischenfall in einer für die Mittelmächte ehrenvollen Weise erledigt wurde. — Die „Tal. Rundschau“ sagt, man atme auf, Herr v. Kühlmann habe den Ton gefunden, in dem man von vornherein hätte reden sollen,

um die Russen nicht darüber im Irrtum zu lassen, wie wir es meinen. — In der „Germania“ heißt es: Die Delegierten des Vierbundes haben sich mit der ganzen Energie, die Mitteleuropa von ihnen erwarten konnte, gegen die Verwirrung und Zerkünderungsversuche gewandt, unter denen das Friedenswerk zu ersticken drohte. Sie beschritten den einzigen Weg, den es gab, um die von Rußen bereits als zerrissen betrachteten Fäden zusammen zu halten und das Friedenswerk fortzusetzen.

„Berlin. Dem „Berliner Tzbl.“ zufolge werden die Fraktionsführer jetzt allabendlich im auswärtigen Amte durch den Unterstaatssekretär Freih. v. d. Vinsche über die Vorgänge in West-Visowol informiert.

Der polnische Besuch in Berlin.

Der polnische Ministerpräsident v. Ruzarszewski empfing vor seiner Abreise aus Berlin den Leiter des Polnischen Pressebüros in Berlin und teilte ihm folgendes mit:

Unsere Verhandlungen in Berlin betrafen eine ganze Reihe von vitalen Angelegenheiten unseres künftigen Reiches. Wir hatten die Ehre, dem Deutschen Kaiser die dringendsten Wünsche unseres Vaterlandes vorzutragen und mit den zuständigen Leitern der Reichsbehörden die wichtigsten laufenden Fragen eingehend zu erörtern. Insbesondere wurden folgende Fragen besprochen: die Teilnahme der polnischen Regierung an den Friedensverhandlungen in West-Visowol und die baldmöglichste Schaffung einer polnischen Armee auf breiter nationaler Basis. In dieser militärischen Angelegenheit wurde unsererseits ein Organisationsprojekt vorgelegt, das bereits vom polnischen Ministerium angenommen und vom Regentenschatzrat genehmigt worden ist. Ferner wurde die Aufhebung einer ganzen Reihe Ausnahmemaßregeln im Königreich Polen angeregt, die für die Bevölkerung besonders drückend sind. Bezüglich der Acquirierung von Eisen haben wir eine Denkschrift vorgelegt. Großes Gewicht legten wir auf die Erlangung der Amnestie und Zurückziehung einer ganzen Reihe, einzelne Persönlichkeiten betreffender Maßregeln.

Mit dem Staatssekretär im Reichsamt des Innern verhandelten wir über die bevorstehende Organisation des Staatsrats. Sehr wichtig wäre für uns die Ausführung unseres Projekts für die Schaffung von polnischen Auslandsvertretungen in den Hauptstädten der Mittelmächte wie auch der besetzten und neutralen Mächte. In allgemeinen Umrissen wurden die Verfügungen besprochen, die die Übernahme derjenigen Verwaltungszweige, die sich bis jetzt in den Händen der Okkupationsbehörden befinden, ermöglichen und beschleunigen sollen. Selbstverständlich haben wir auch Informationen eingeholt über die hier herrschenden Auffassungen, die die Möglichkeit der Regulierung der zukünftigen Gestaltung unseres Vaterlandes betreffen.

Die polnischen Herren haben also so ziemlich alle ihre Wünsche und Beschwerden vorgebracht. Wir hoffen, daß die Bereitwilligkeit der polnischen Herren, auch auf die berechtigten Wünsche der Mittelmächte Rücksicht zu nehmen, ebenso groß war, und in der Praxis bleiben wird, als sie diese selbst nach ihrer Verankerung in Berlin gefunden haben.

Das polnische Wehrgesetz, das soeben fertiggestellt ist, sieht für alle Waffengattungen zweijährige Dienstzeit fest. Außerdem ist ein militärischer Hilfsdienst vorgesehen. Auch die Einführung von Ausbildungstufen für die Jugend ist nach Schweizer Vorbild geplant. Die Militärdienstpflicht umfaßt 22 Jahre, zum Landsturm dienlich sind alle Staatsangehörigen von 18 bis 20 und von 40 bis 60 Jahren verpflichtet.

Aus Wien wird gemeldet: Die Mitglieder des polnischen Regentenschatzrates trafen Donnerstag mittag in Wien ein. Auf dem mit Fahnen und Emblemen in den polnischen Nationalfarben geschmückten Nordwestbahnhofe hatte sich in Vertretung des Kaisers Erzherzog Rainer eingefunden. Der Erzherzog begrüßte die Gäste im Namen des Kaisers herzlich. In Hofwagen erfolgte die Fahrt nach der Hofburg. In den Höfen der Burg hatte sich zahlreiches Publikum angeammelt, das die polnischen Regenten sympathisch begrüßte.